



## 8. März 1982 – Internationaler Frauentag

# Alles für den Frieden! Keine Startbahn West!

Der 8. März ist kein Tag wie jeder andere. Es ist der Internationale Frauentag – ein Tag, an dem in aller Welt für die Rechte der Frauen und die Forderungen der Frauen gestritten wird. In unserer Stadt haben sich in den letzten Monaten viele Frauen aktiv am Widerstand gegen die Startbahn-West beteiligt. Sie kochen und verpflegen tausende Demonstranten, sind immer dabei, wenn es gilt, aktiv Widerstand zu leisten. Dabei hat sich ein ganz neues Selbstbewußtsein entwickelt, man rückt dem Landrat und dem Polizeipräsidenten „auf die Pelle“, gibt Fernsehinterviews, sagt überall laut und offen seine Meinung über das Umweltverbrechen in unserem Wald. Allen diesen Frauen sei gerade am 8. März besonders Dank gesagt!

Wie kaum in einem Jahr zuvor geht es dabei für die Frauen, ihre Kinder, ihre Familien und mit den Frauen um den Frieden. Die neuen Enthüllungen des „Stern“, daß hinter der Startbahn-West auch militärische Pläne stecken, hat viele Frauen erschreckt. Raketenpläne, neue amerikanische Atomwaffen in unserem Land, Drohungen über Drohungen, die fast täglich aus den USA über den Atlantik schallen – das macht Angst. Und das zwingt auch zum Mut und zum Widerstand – besonders die Frauen, die das Leben tragen. In der Friedensbewegung stehen Frauen deshalb in der vordersten Reihe. Eben deshalb!

Und auch deshalb: Die Rüstung frißt das Geld. Das spüren wir gerade jetzt

in unserer Stadt, wo zahlreiche Gebührenerhöhungen vorgesehen sind. Darüber hinaus gibt es weniger Kindergeld, Streichungen in der Bildung und in den Schulen, Kürzungen bei Umschulungen und Weiterbildung – und wer zahlt drauf? Die Frauen! Die Mädchen genauso wie die alleinstehenden Frauen, die berufstätigen Frauen genauso wie die arbeitslosen, die Hausfrauen so sehr wie die Rentnerinnen. Die Lasten werden untragbar, jeder spürt es. Und die Frauen zuerst und am meisten.

Deshalb geht es – besonders auch an diesem 8. März – gegen Rüstung und Rotstift – für das Leben und für ein menschenwürdiges Leben.

Dieser 8. März 1982 fällt zudem in eine Zeit, da rund 2 Millionen Arbeitslose in unserem Land eine Katastrophe markieren – Massenarbeitslosigkeit!

Und auch da: Die Arbeitslosenquote ist bei Frauen weitaus höher als bei Männern. Allein bei Opel in Rüsselsheim wurden in den letzten Jahren 2000 Arbeitsplätze vernichtet. Am Jahresanfang zählten die Arbeitsämter knapp 750.000 arbeitslose Frauen. Und es sind weitaus mehr. Denn viele haben die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz aufgegeben. Das ist millionenfach finanzielle Sorge und seelische Not.

Deshalb geht es auch an diesem 8. März wie kaum in einem anderen Jahr zuvor um das Recht auf Arbeit, um Arbeitsplätze und Arbeitsbeschaffung – für Frauen und Männer und Jugendliche. Der 8. März ist Frauentag. Tag für die Rechte und Forderungen der Frauen. Wir werden sie durchsetzen, wenn wir gemeinsam handeln: Mit der Kraft der Solidarität! Waltraud Träger



Eine Delegation von Frauen aus Mörfelden und Walldorf marschiert ins Landratsamt und fordert vom Landrat mehr Rückgrat im Kampf gegen die Startbahn.

# Noch ist nicht aller Tage Abend!

Viele Bürger unserer Stadt sind erschüttert über das Ausmaß der täglichen Waldvernichtung für die Startbahn-West. Im Grunde haben wir es zwar alle geahnt, daß sie sich durchsetzen, radikal und mit Polizeigewalt. Aber viele hatten doch auch immer noch Hoffnung. 150.000 demonstrierten in Wiesbaden, 300.000 Unterschriften wurden gesammelt, Zehntausende protestierten im Wald, im ganzen Land gab es Proteste. War alles umsonst?

Wichtig ist jetzt festzuhalten; die Landesregierung gewinnt zwar Boden im Wald, aber sie hat politischen Boden verloren und sie wird im September einen gewaltigen Denkmals erhalten, wenn wir in unserem Widerstand jetzt nicht erlahmen.

Vergessen sollten wir dabei nicht, die Startbahn-West ist heute überall. Unser Kampf hatte und hat heute noch für

viele ähnliche Projekte große Bedeutung.

Wenn die Bürgerinitiativen sagen, man darf jetzt nicht das jahrelange Engagement durch Passivität entwerten, dann ist dies völlig richtig.

Zwar wird man die Rodungen nicht mehr verhindern können, aber deshalb ist die Startbahn noch lange nicht gebaut. Bis zum vorgesehenen Einweihungstermin der Startbahn wird noch viel Wasser den Main hinabfließen. Noch ist nicht aller Tage Abend. Es ist richtig, wenn die Bürgerinitiativen fordern: „Machen wir das Gelände zum größten Aufforstungsgebiet in Hessen!“

Es ist richtig, daß man sich nicht geschlagen gibt, daß man neue aufrüttelnde Aktionen plant.

Es ist richtig, wenn wir jetzt auf die INFAS-Befragung verweisen, bei der

sich nur 39 % der Bevölkerung in Hessen für den Startbahnbau ausgesprochen haben. Dies sollte man sich in Wiesbaden gut merken, denn schon am 26. September 1982 sind Landtagswahlen.

Wie schwach die Argumente in Wiesbaden sind, konnten wir ja gerade erleben, als Gries die Bürgerbewegung „DKP-gesteuert“ und Rudi Hechler „den Drahtzieher der Gewalt“ nannte. Wer so mit der Wahrheit umgeht, wird nie wieder glaubwürdig. Dies betrifft auch den Ministerpräsidenten selbst, der meinte, die militärischen Interessen wären von der DKP erfunden. Mittlerweile gibt es, vor allem mit der „Stern“-Veröffentlichung, viele Fakten, die die NATO-Wünsche geradezu exemplarisch beweisen.

Aber gerade hier haben wir erlebt, Polizeisprecher, Innenminister und sogar der Ministerpräsident, dürfen die Unwahrheit sagen. Immer frei nach dem Motto: „Wenn man viel mit Dreck schmeißt, bleibt irgendwo was hängen!“ Das sollten wir diesen Herren nicht vergessen!

Wir dürfen also noch lange nicht müde werden. Gehen wir weiter in den Wald, zeigen wir, daß wir da sind. Machen wir die Startbahn-Mauer zu einem hessischen Ausflugsziel. Informieren wir weiter, diskutieren wir weiter.

Sagen wir unseren Kollegen im Betrieb, wer die Umweltzerstörer sind, organisieren wir selbst den Frühlingsausflug an die Mauer. Und vergessen wir nie, wer uns diese Suppe eingebrockt hat. — Die Herren in Wiesbaden, in den Vorstandsetagen der Konzerne werden sie noch auszulöffeln haben!

RH



A. Paul Weber: „Der Tod als Holzfäller“

## 50 Prozent der Frauen verdienen unter 1000 DM im Monat

Fast jede zweite berufstätige Frau verdient monatlich weniger als 1000 DM netto. (Männliche Arbeiter und Angestellte 11 Prozent.)

40 Prozent der Frauen haben monatlich zwischen 1000 und 1800 DM. (Männliche Arbeiter und Angestellte fast 50 Prozent.)

Nur 1,2 Prozent der Frauen haben über 3000 DM. (Männer 10 Prozent.)



# Ein Hoch der Küchenbrigade!

Die Geschichte der „Küchenbrigade“ begann eigentlich schon am 6. Oktober 1981, als tausende von Menschen die bereits 1980 abgeholzten sieben Hektar besetzt hielten. Hilde Lorenz fuhr damals mit einem Einmachtopf Tee hinaus, was natürlich wie ein Tropfen auf den heißen Stein war. Aber es gab ja keine zentrale Küche und keine geeigneten Behälter, um etwas in den Wald zu transportieren. Im Laufe der nächsten Tage stellte die Stadt jedoch große Thermalbehälter und die Stadthallenküche zur Verfügung. Es fanden sich schnell etliche Frauen, die nun Tee, Kaffee, Suppe kochten und Brote schmierten. Dies alles wurde mit Fahrradanhängern und Fahrrädern in den Wald geschafft. In der Stadthallenküche wurde nun rund um die Uhr gekocht. Während die ersten Lebensmittel aus eigener Tasche bezahlt wurden, war man durch zahlreiche Geld- und Sachspenden in kurzer Zeit in der Lage, die Verpflegung unabhängig zu bestreiten.

Als sich die Zahl der Waldbesetzer wieder verringerte, hatte die „Küchenbrigade“ eine kleine Verschnaufpause bis zum 2.11.1981. Durch die Räumung des Hüttendorfes waren die Frauen wieder voll im Einsatz, denn was sich in den Oktobertagen spontan zusammengefunden hatte, war immer in Kontakt zueinander geblieben. Es wurde ein Innen- und Außendienst gegründet, und wieder wurden tausende Menschen aus Nah und Fern mit Verpflegung versorgt. Information und Organisation waren bestens und so konnte der Außen-

dienst immer in „vorderster Front“ Suppe, Getränke und Brot ausgeben. Man ging Schritt für Schritt mit dem Sanitätslager zurück und die Frauen waren oft den Tränengasangriffen der Polizei ausgesetzt, wenn sie sich nicht schnell genug abgesetzt hatten. An der Ecke Aschaffener Straße, Ochsenlagerschneise entstand dann für etwa zwei Monate die Verpflegungsstelle für die Dauerbesetzer der nachfolgenden Hüttendorfer, sowie für die Besucher, die an den Wochenenden zahlreich in den Wald strömten. Sie waren für warme Getränke und Brote immer dankbar.

Außerdem war die „Küchenbrigade“ durch einen VW-Bus beweglicher geworden und konnte so an verschiedenen

Stellen im Wald ihre Verpflegung ausgeben.

Die Frauen der „Küchenbrigade“, auch F.A.G. Walldorf genannt (d.h. Frauen-Arbeits-Gruppe) sieht ihre Arbeit als Beitrag zum Widerstand gegen die Startbahn-West und die ungeheuerliche Zerstörung ihres Lebensraumes an. Sie lassen sich trotz Kriminalisierungs- und Diffamierungs-Kampagnen nicht davon abhalten, für ihre Rechte einzutreten. Seit den Oktobertagen '81 hat sich die „Küchenbrigade“ zu einer verschworenen Gemeinschaft entwickelt, die auch, nachdem der letzte Baum gefallen ist, den Widerstand gegen eine fortschreitende Umweltzerstörung nicht aufgeben wird.

Diesen Bericht schrieb Brigitte Scherber für das neue „blickpunkt“-Buch „... und nichts wird vergessen!“

## Wieder Ostermarsch

Der Ostermarsch nach Frankfurt am Ostersonntag wird von vielfältigen lokalen Aktionen und Veranstaltungen vorbereitet. Die aktive Beteiligung von vielen Menschen soll den Ostermarsch zu einer eindrucksvollen Demonstration gegen die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in unserem Land werden lassen. Vor allem werden auch viele Startbahngegner, die gegen die militärischen Interessen am Rhein-Main-Flughafen protestieren, mitziehen.

Ausgehend von vier Sammelpunkten in Frankfurt (Bonames, Walldorf,

Höchst und Offenbach) verläuft der Marsch sternförmig auf den Römer zu. Hier wird gegen 16.00 Uhr eine Kundgebung mit Rede- und Kulturbeiträgen den Friedensmarsch beenden.

Eine Mittagspause mit „internationaler Küche“, Musik, Theater, Kinderprogramm und Informationsangeboten sowie kurzen Ansprachen, ist von ca. 12.00 – 14.00 Uhr im Günthersburgpark; auf dem Parkplatz des Frankfurter Waldstadions (B 44); auf dem Kurfürstenplatz in Bockenheim und in der Brücherstraße in Sachsenhausen geplant.

# Ein Beispiel schaffen!

## Atomwaffenfreie Zone – warum eigentlich nicht?

Der „stern“ ließ am 18. Februar 1982 die Katze aus dem Sack: Die Startbahn West wird eindeutig auch militärisch genutzt werden. Neu ist diese Erkenntnis nicht: Die Bürgerinitiativen wissen das schon lange und der „blickpunkt“ war einer der ersten, die darauf hinwiesen. Wir zitierten schon vor einiger Zeit den Friedensforscher und Oberst-

leutnant a. D. Dr. Alfred Mechtersheimer: „Die 112 Cruise Missiles vom Typ General Dynamics BGM-109 Tomahawk werden auf Flugplätzen in der Bundesrepublik stationiert werden.“ Auf welchen wohl?

Vor einiger Zeit fand – wir berichteten darüber – ein Mörfelder Bürger auf dem Sperrmüll eine Kiste mit Betriebsanleitungen für die Atomrakete Pershing Ia. Die Kiste war ursprünglich adressiert an eine „Arbeitsgruppe zur Modifizierung der Pershing“ in Frankfurt. Und wenn der „stern“ jetzt schreibt: „Amerikanische Militärs sind sich ohnehin einig, daß der Flughafen Frankfurt zum Herzstück der US-Verteidigungsplanung gehört“, dann rundet sich das Bild ab. Das letzte Steinchen im Puzzle ist das Munitionslager im Oberwald, bei dem sich die bundesdeutschen und amerikanischen Dienststellen so herzhafte schön dumm stellen, wenn sie darauf angesprochen werden. Es gehört nicht viel Kombinationsarbeit dazu, auf den Gedanken zu kommen, daß man Atomsprengköpfe natürlich nicht allzuweit von dem Flugplatz lagert, von dem aus sie eingesetzt werden sollen. Und die führenden Manager unseres Landes wurden schon im Mai 1981 von den „Fuchsbriefen“ ins Bild gesetzt: „Zur umkämpften dritten Startbahn in Frankfurt hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß die US-Air Force auf dieser Kapazitätsausweitung besteht und drängt“. Nimmt man dazu noch die Äußerungen von US-Außenminister Haig, es gäbe „wichtigeres, als in Frieden zu leben“, man müsse „den Russen die Faust unter die Nase halten“ und Reagans öffentliche Spekulationen von einem „nuklearen Warschuß“ und über die Führbarkeit eines Atomkrieges in Mitteleuropa, dann bleibt nur ein Schluß übrig: Es besteht akute Gefahr für den Frieden. Daß der Kampf gegen die Startbahn West auch ein Stück Kampf für die Erhaltung des Friedens ist, haben schon viele Bürger unserer Stadt erkannt: Mehr als 3000 Bürger von Mörfelden-

## Gouda

In Gouda gibt es nicht nur den berühmten Käse. Dort gibt es auch verantwortungsvolle Kommunalpolitiker, die sich über die Zukunft ihrer Bürger in Frieden Gedanken machen. Und die auch danach handeln.

„In der Überzeugung, daß von allen erwartet werden sollte, daß sie sich von Herzen dafür einsetzen, den Frieden zu fördern“, beschloß der Stadtrat eine Resolution, in der die niederländische Regierung dazu aufgerufen wird, „alles zu unternehmen, die Verhandlungen über die Verminderung der Kernbewaffnung zu fördern“. In dem Beschluß heißt es dazu; daß „es sich lohnt, alle Kräfte einzusetzen, um eine definitive Umkehr in diesem Wettlauf zustandezubringen.“

Dieser Beschluß – und ähnliche Beschlüsse anderer Gemeinden unseres Nachbarlandes – sollten unseren regierenden Kommunalpolitikern Anstoß zum Nachdenken bieten, wenn sie immer wieder davon erzählen, daß die „große Politik“ im Stadtparlament nichts zu suchen habe.

Sonst kann es passieren, daß bei unseren Kindern einmal Gouda für verantwortungsvolle Kommunalpolitik bekannt ist, und Mörfelden-Walldorf für Käse...



Walldorf haben bisher den Krefelder Appell unterschrieben, der die Bundesregierung auffordert, ihre Zustimmung zur Stationierung von über 500 neuartiger Atomraketen zurückzuziehen. Von der SDAJ Mörfelden-Walldorf kommt jetzt ein weiterführender Vorschlag: Mörfelden-Walldorf soll „Atomwaffenfreie Zone“ werden. Sechshundert Bürger haben bisher schon den Antrag unterschrieben, der allen Fraktionen im Stadtparlament vorgelegt werden soll. Darin heißt es:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: „In Anbetracht der Tatsache, daß 3000 Bürger dieser Stadt den Krefelder Appell unterzeichnet haben, in Würdigung des Beispiels der Städte Manchester, Coventry und Nottingham, und in Ausführung des Artikels 26, Absatz 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland erklärt die Stadt Mörfelden-Walldorf ihr Stadtgebiet zur Atomwaffenfreien Zone und fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß auf dem Gebiet der Stadt Mörfelden-Walldorf keine Raketen des Typs Pershing II und Cruise Missile oder andere Kernwaffen und Kernwaffenträger stationiert, gelagert oder transportiert werden.“ Art. 26 (1) des Grundgesetzes lautet: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ Viele Bürger haben beim Unterschrei-

ben gefragt: „Ja, ist das denn eigentlich realistisch?“ Es ist. Wie im Antrags-text schon erwähnt, gibt es Vorbilder in NATO-Ländern — und es werden täglich mehr. Nach jetzigem Stand haben 140 Städte in England, 10 in den Niederlanden — darunter Amsterdam — und 1 (Livorno) in Italien solche Beschlüsse gefaßt. Durch diese Städte werden 40 Millionen Menschen repräsentiert.

Der Rat der Stadt Manchester z. B. beschloß:

„Dieser Rat, im Lichte seiner festgelegten Politik im Hinblick auf die Gefahren nuklearer Waffen, ruft die Regierung Ihrer Majestät auf, von der Herstellung oder Stationierung jeglicher Atomwaffen irgendwelcher Art innerhalb der Grenzen unserer Stadt Abstand zu nehmen.“

Der Rat der Universitätsstadt Cambridge beschloß: „.. die Stadt Cambridge zur Atomwaffenfreie Zone zu erklären und bei dem örtlichen Parlamentsmitglied und dem Verteidigungsminister Protest dagegen einzulegen, daß Marschflugkörper in Molesworth oder sonstwo in Cambridgeshire oder irgendwo sonst im Lande stationiert werden sollen.“

In Holland beschlossen die Gemeindevertreter von Hellvoetsluis und Zoeterwoude „daß, sollte dies anstehen, der Stationierung von Atomwaffen auf unserem Grund und Boden unter Einsatz aller rechtlich zur Verfügung stehenden Mittel zu allen Zeiten entgegen gewirkt wird.“

Den gleichen Beschluß faßte der Rat der Landeshauptstadt Amsterdam. In Großbritannien haben die Städte, die bisher beschlossen haben, sich zur „Atomwaffenfreie Zone“ zu erklären, ein Komitee gebildet. Dieses Komitee hat dazu aufgerufen, „weltweit Verbindungen mit gleichgesinnten Städten aufzunehmen, damit diese sich der Bewegung anschließen.“

Ein Anfang ist also gemacht. Mörfelden-Walldorf könnte die erste Stadt der Bundesrepublik werden, die die Initiative der Briten und Niederländer aufgreift. Wie sagte doch unser Innenminister Gries so schön: „Eine Freie Republik Mörfelden-Walldorf wird es nicht geben.“ Vielleicht, Herr Innenminister, aber eine „Atomwaffenfreie Zone Mörfelden-Walldorf“, das wäre doch auch schon mal was. Es liegt an den Bürgern unserer Stadt, dafür zu sorgen, daß sich Mörfelden-Walldorf dieser großen Bewegung anschließt und einigen Herren auch auf diese Weise zeigt, daß sie im Kampf gegen die Startbahn West viel dazugelernt haben.

AJA

## Frauen aktiv gegen Umweltzerstörung und Krieg



## In Frankfurt gegen Startbahn West



## In Japan gegen Startbahn in Narita

# Ein großes Wahlbündnis ist notwendig

Die Betriebsräte Werner Welskop (Opel in Rüsselsheim) und Peter Knopf (Merck in Darmstadt), beide schon lange aktiv in der Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West, schrieben einen gemeinsamen Brief zur Landtagswahl, die im September dieses Jahres stattfindet. Im Brief, den sie an die „Bürgerinitiativen gegen die Startbahn-West“ sandten, heißt es u.a.: „Wir Unterzeichner sind Mitglieder der DKP. Wir und alle unsere Genossinnen und Genossen sind bereit, unseren Beitrag für die Schaffung einer wirklichen Alternative zu den Landtagswahlen zu leisten.“ Im Brief heißt es u.a.:

„In diesen Tagen wird in den Bürgerinitiativen über die Stellung der BI zur hessischen Landtagswahl diskutiert. Wir haben an den bisherigen Aktionen gegen die Startbahn-West teilgenommen. Wir haben mit vielen Kolleginnen und Kollegen unserer Belegschaften und Gewerkschaften über die schwerwiegenden Folgen für unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen gesprochen, wenn die Startbahnbetreiber sich durchsetzen sollten.

Wir haben dabei festgestellt: es gibt Unzufriedenheit unter vielen Leuten. Die Zahl derer wächst, die den Etablierten keinen Glauben mehr schenken. Es wächst die Zahl derer, die den Herrschenden eine saftige Quittung verabreichen wollen:

Viele, die von Staat und Justiz gehindert wurden, ihre Stimme in einem Volksbegehren politisch wirksam werden zu lassen, wollen am Wahltag im September diese Stimme zu Gehör bringen;

vor die Wahlurnen können keine Polizisten gestellt werden, die mit dem Schlagstock eine Entscheidung gegen die Startbahn-West verhindern könnten;

unter unseren Leuten in den Betrieben sind viele, die eine Rechnung auch noch wegen anderer Schandtaten begleichen wollen:

Sie wollen sich gegen die Rotstiftpolitik entscheiden, gegen die Versuche, unsere Realeinkommen zu schmälern und vor allem gegen die Unfähigkeit und Untätigkeit, der immer schneller ansteigenden Arbeitslosigkeit wirkungsvoll entgegenzutreten;

sie sollen sich gegen die maßlose Heuchelei jener wenden, die öffentlich Maßhalten und Sparsamkeit predigen, selber aber Hunderttausende einstecken und dafür noch Spekulations- und Investitionszuwendungen erhalten; und nicht zuletzt wollen viele Kolleginnen und Kollegen nicht die Parteien honorieren, die sich dem Reagan-Kurs der Hochrüstung unterwerfen, der unser Land zu einer atomaren Kolonie der Amerikaner werden ließ.

Wie aber sollen sich unzufriedene, enttäuschte und empörte Kollegen, Arbeiter und Angestellte zur Landtagswahl verhalten? Wen oder was sollen sie im Wahlkampf unterstützen und am Wahltag wählen?

Diese Fragen sind umso wichtiger, als es nach unseren Feststellungen manche mit der Bonner und Wiesbadener Politik unzufriedene Kolleginnen und Kollegen gibt, die resignieren oder die Börner und Gries einen Denktzettel verpassen wollen, indem sie die CDU wählen.

Damit entsteht die Gefahr, daß die berechnete Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft zur Stärkung der Rechten führt.

Schon in den letzten Tagen und Wochen haben wir immer wieder gesagt: wir brauchen die gemeinsame Aktion auch im Landtagswahlkampf. Was sich in den Bewegungen bewährt hat, das Zusammenwirken der verschiedenen demokratischen, linken und alternativen Leute, Gruppen und Parteien in den unterschiedlichen Bündnissen, muß sich auch zur Landtagswahl bewähren.

Wenn wir vereint im Wald gegen die Zerstörung unserer Umwelt auf den Straßen und Plätzen für die Abrüstung, gegen Atom-Raketen-Stationierung demonstrierten, warum sollen wir nicht auch gemeinsam mit einem Wahlbündnis eine Bresche in das bislang abgeschottete Landesparlament schlagen können?

Viele Unzufriedene in Hessen brauchen ein Signal: dieses Signal könnte ein großes, übergreifendes Wahlbündnis aller sein, die in den vergangenen Wochen und Monaten Widerstand leisteten; ein Wahlbündnis, in dem die Forderungen der ökologischen Bewegung, der Frauenbewegung, der Friedensbewegung, der jungen Leute, die anders leben wollen, zu einem gemeinsamen Wahlprogramm werden.

Vor allem aber meinen wir, daß die Arbeiterschaft mit ihren berechtigten Forderungen nach Sicherung der Arbeitsplätze, nach Beseitigung der Arbeitslosigkeit, für die Sicherung und Erhöhung der Realeinkommen, gegen Tarif- und

Mietpreisteigerungen, für bessere Schul- und Berufsausbildung von diesem Bündnis angesprochen werden muß.

Finden sich die Arbeiterforderungen nicht in einem solchen Wahlbündnis wieder, besteht die Gefahr, daß die Landtagswahlen zu einer Stärkung der Rechten führen.

Keiner der enttäuschten Arbeiter, Angestellten und Beamten darf allein gelassen werden. Sie müssen in dem großen Bündnis die Kraft sehen, die unbestechlich und konsequent handelt, die zu wählen es sich lohnt, wenn man selbst in die Politik eingreifen will.

Zugleich sind wir der Auffassung, daß die Mitglieder der BI natürlich über die Wahlen diskutieren müssen. Das darf aber nicht dazu führen, daß die Bürgerinitiativen zu Wahlvereinen oder zu Wahlunterstützungsvereinen egal für wen werden. Ihre Aufgaben sind langfristiger und weitreichender, als in Wahlkämpfen aufgeworfen oder durch Wahlen beantwortet werden könnten. Eine Einengung der BI würde unserer Meinung nach die außerparlamentarische Bewegung schädigen. Wahlaufrufe der BI sollten deshalb fordern, keine Startbahn-, WAA- und AKW-Ausbau-Betreiber und keine Raketen- und Rotstiftbefürworter in den Landtag zu wählen.“

## Frauen arbeitslosigkeit

Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen beträgt schon seit einigen Jahren über 50 Prozent und ist gemessen am Anteil der Frauen an den Beschäftigten (38 Prozent) sehr hoch.

Im Fall von Arbeitslosigkeit ist die Chance von Frauen, wieder beschäftigt zu werden, geringer als die von Männern.

Das stellt der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit in den „Daten zur Frauenarbeitslosigkeit – Auswertung einer Repräsentativerhebung, Mai 1980“, fest.

Im November 1981 stieg die Arbeitslosenquote der Frauen auf 8 Prozent an. Selbst das offizielle Datenmaterial des Statistischen Bundesamtes zeigt die stärkere Betroffenheit der Frauen durch die allgemeine Arbeitslosigkeit. Folgt man Schätzungen, die davon ausgehen, daß nur ca. 55 Prozent aller wirklichen Arbeitslosen auch registriert werden, so ist die tatsächliche Zahl arbeitsloser Frauen auf über 1 Million zu beziffern.

# Die Stadt will erneut an unser Geld

Die Stadtverordneten von Mörfelden-Walldorf sollen nach kurzer Zeit, erneut über Gebührenerhöhungen beschließen. Vorlagen, über die Änderung der Gebühren für Kindergärten, Kinderhort und für Bestattungen, sowie Benutzung der Trauerhalle, aber auch für die Änderung der Ruhefristen auf den beiden Friedhöfen, liegen bereits auf dem Tisch. Ferner ist eine Erhöhung der Müllgebühren geplant, da die Riedwerke des Kreises diese bereits beschlossen haben.

Wir meinen, daß dies der falsche Weg ist um die Stadtkassen zu sanieren und werden auch, wie in der Vergangenheit, gegen Gebührenerhöhungen stimmen. Bereits im September '80 und im Juni '81, wurden die Gebühren für Wasser und Abwasser drastisch erhöht. Auch liegt die letzte Erhöhung der Friedhofsgebühren und der Kindergartengebühren noch nicht lange zurück. Jetzt sollen erneut die Friedhofsgebühren zwischen 11 und 100% im Einzelnen erhöht werden. Zum Beispiel soll jetzt für die Benutzung der Trauerhalle 100,- DM, gegenüber seither 50,- DM zu zahlen sein.

Die Kindergartengebühren will man von 60,- DM auf 70,- DM, und die für den Kinderhort von 120,- DM auf 130,- DM erhöhen, dies bedeutet am Beispiel Kindergarten 16,6%. Da die

letzte Erhöhung am 1. Januar 1980 in Kraft trat, muß man einmal die Frage stellen, wer von den Arbeitern und Angestellten innerhalb dieser Zeit seinen Lohn oder Gehalt um 16% erhöht bekam.

An diesem letzten Beispiel ist zu sehen, daß das alte Argument der Preiserhöhung schon lange nicht mehr stimmt, nachdem alles teurer würde und auch die Löhne entsprechend angehoben würden. Bei den Löhnen ist das Gegenteil der Fall, hier will man auf dem jetzigen Stand möglichst einfrieren, oder ist nur bereit ganz geringe Prozentzahlen zu akzeptieren.

Die Folge ist, insgesamt gesehen, ein gewaltiger Kaufkraftschwund der weitere Arbeitslose nach sich zieht. Es ist einfach Zeit, daß in Bonn das Steuer herum geworfen wird, denn die dortige Politik wirkt sich über die Länder, Kreise, Städte und Gemeinden, auf den kleinen Mann aus.

Wir werden in den nächsten „blickpunkt“-Ausgaben hierüber noch ausführlich berichten. Heute können wir schon sagen, daß die DKP-Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung, aber auch im Magistrat, wie auch in der Vergangenheit, jede finanzielle Belastung unserer Bürger ablehnen werden.

H.H.

## Bald Familienfeiern im Bürgerhaus möglich

Im Januar 1978 stellte die DKP-Fraktion den Antrag, 1 – 2 Räume aus der Bürgerhauskonzession zu nehmen und sie zur Selbstbewirtung für Familien und Vereine zur Verfügung zu stellen. Nun hat das Stadtparlament eine entsprechende Regelung beschlossen. Ähnlich wie in der Stadthalle Walldorf wird es möglich sein, daß die Mieter der Räume sich selbst bewirten und dadurch eine Feier kostengünstiger ausrichten können. So werden in Zukunft wohl auch mehr Veranstaltungen der Vereine im Bürgerhaus stattfinden, weil das finanzielle Risiko für die Veranstalter kleiner geworden ist.

Nur die bestehenden Einrichtungen im ev. und kath. Gemeindezentrum und im Sportlerheim Mörfelden zeigen den Bedarf an größeren Räumlichkeiten zur Selbstbewirtung. Wir sind überzeugt, daß die Einrichtung gut angenommen wird. Die Effektivität des Bürgerhauses mißt sich nicht an der Summe des Zuschusses durch die Stadt, sondern an den Zahlen der Besucher.

**unsere zeit**  
Die Zeitung der arbeitenden Menschen – Zeitung der DKP  
2. Jahrgang Nr. 128

Schon mal gelesen?

**UZ**

### Flughafen Frankfurt: Pläne für die Krise. Stern, Nr. 8, 18.2.82

Bundesaußenminister Genscher und der amerikanische Botschafter Arthur Burns werden im März in Bonn einen Vertrag unterschreiben, dessen wichtigster Bestandteil bereits vor einem Jahr in einem Abkommen fixiert wurde. Dieses »Unterbringungsprogramm in Krisenzeiten«, so behauptete der amerikanische General Jim Allen vor dem Verteidigungsausschuß des Repräsentantenhauses, sichere im Krisenfall den Amerikanern »den Zugang und die Nutzung aller Einrichtungen des zivilen Teils des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt, eingeschlossen der Bodenfahrzeuge, der Frachtanlagen und anderer Flughafen-ausrüstungen«. Auf der bisher geheimgehaltenen Sitzung

im März 1981 klagten Allen und sein damaliger Kollege, General Volney F. Warner, wie schwierig es sein werde, wenn im Krisenfall gemäß bestehender Nato-Verteidigungsplanung zusätzlich sechs US-Divisionen nach Europa gebracht würden. Dazu seien mehr Flugzeuge und mehr Landemöglichkeiten erforderlich. Die amerikanische Luftwaffe hätte daher in Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden zivile Ausweichflughäfen in ihre Planung einbezogen, die freilich noch umgerüstet werden müssen – durch Munitionsdepots, Wartungshallen und Unterbringungsmöglichkeiten. Die beiden Generäle: »Es ist dies ein Programm, auf das wir sehr stolz sind. Wir haben

schon mit den Stationierungs-Nationen eine Reihe von Abkommen für solche speziellen Flughäfen abgeschlossen.« Eines dieser Abkommen betrifft Frankfurt. Amerikanische Militärs sind sich ohnehin einig, daß der Flughafen Frankfurt zum Herzstück der US-Verteidigungsplanung gehört. Es bestehe kein Zweifel, daß er der Umschlagplatz für die sechs zusätzlichen US-Divisionen sei. Daraus erkläre sich der Umbau im großen Stil. Die Entwürfen der US-Generäle sind peinlich für die hessische Landesregierung und die Bundesregierung, die bisher die Übernahme des Frankfurter Flughafens durch US-Militärs in Krisenzeiten nicht bekanntgegeben haben. Uwe Zimmer

X

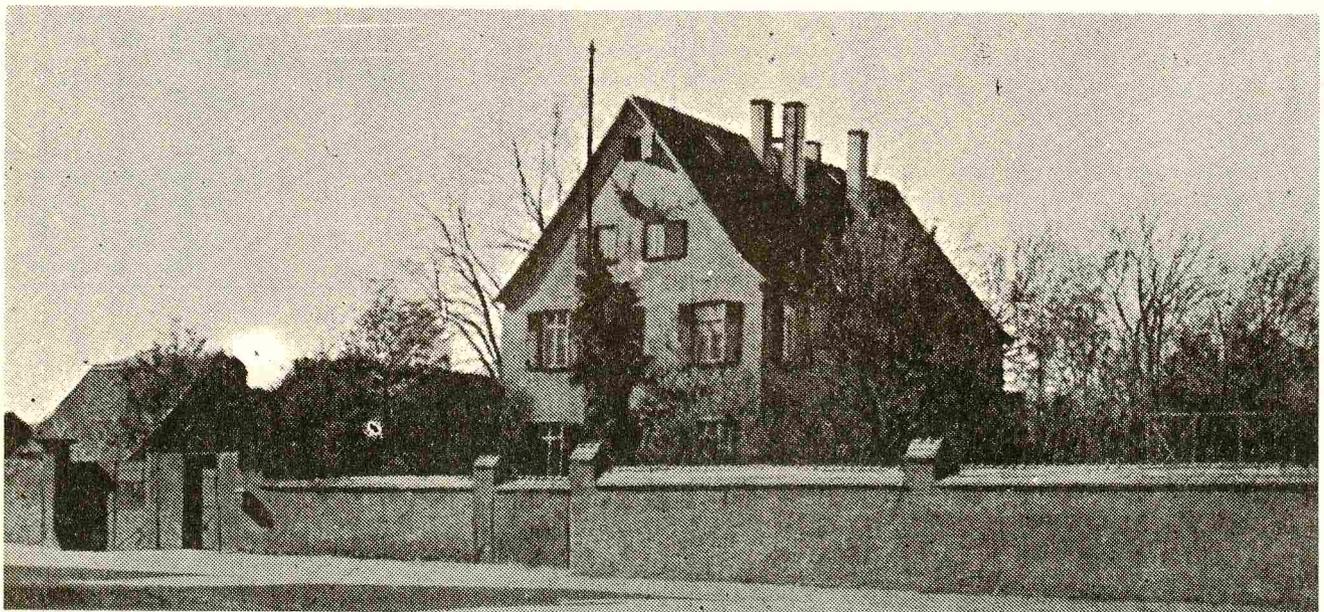
Am 25. November 1981 sagte Ministerpräsident Holger Börner vor dem Hessischen Landtag: „Das in den letzten Monaten gezielt ausgestreute Gerücht, die Startbahn werde für militärische Zwecke der NATO benötigt, ist völlig absurd. Dieses Gerücht ist nachweislich von der DKP erfunden worden.“

Börner weiß natürlich sehr genau, daß die Amerikaner hier ihre Finger drin haben, schließlich wurden im NATO-Langzeitprogramm von 1978 den USA neue Flughafenkapazitäten versprochen. Die Veröffentlichung im „Stern“ bestätigt erneut die Pläne der NATO.

# „... und nichts wird vergessen!“

Nach dem „blickpunkt“-Buch „Oktoberstage“ erscheint jetzt ein zweites „blickpunkt“-Buch zur Startbahn West mit dem Titel „... und nichts wird vergessen!“

Das Buch beschreibt auf 225 Seiten alle Ereignisse vom 6. Oktober 1981 bis zum heutigen Tag. Auf fast 200 Fotos und Zeichnungen sind die erregenden Tage in unserer Region festgehalten. Viele Mörfelder und Walldorfer Bürger finden sich auf den Fotos wieder. Zahlreiche Autoren, unterschiedlicher Parteien, Schriftsteller, Pfarrer, Aktivisten der Bürgerinitiativen, beschreiben aus ihrer Sicht die Kämpfe gegen die Startbahn West. Das Buch ist geeignet, die Menschen in Nah und Fern mit diesem Problem bekanntzumachen. Es ist ein Buch zum Verschenken und zum Aufheben, denn nichts soll je vergessen werden!



## Mörfelden gestern

*Eine sehr alte Aufnahme der Mörfelder Oberförsterei, die genau vor 10 Jahren – im Februar/März 1972 – der Spitzhacke zum Opfer fiel. Die Kommunisten im Mörfelder Stadtparlament stimmten seinerzeit gegen den Abriß und gegen die Konzeption einer totalen Bebauung im Stadtkern. Der schöne Park um das Gebäude, mit sehr vielen alten Bäumen, mußte dem Bau des Rathauses, dem coop-Markt und der Mörfelder Volksbank weichen. Die Möglichkeit, mitten in der Stadt eine grüne Lunge zu schaffen, wurde vertan.*

*Das gesamte Gelände gehörte früher, bis in das Jahr 1774, zum „Gasthof Löwen“, welcher bis zur Ecke Langgasse/Löwengasse reichte. Später wurde die Löwengasse nach den dort wohnenden Gebrüder Kalb – es sollen Offiziere gewesen sein – in Kalbsgasse umbenannt.*

*Die Oberförsterei wurde im Jahre 1775 – 77 erbaut und beherbergte bis zum Jahre 1820 das Oberamt Kelsterbach. Von da an lautete die Bezeichnung „Mörfelder Oberförsterei“ und war in den Flurbüchern als Eigentum des „Großherzoglichen Hauses“ eingetragen.*